

Zeitschrift: Pro Senectute : schweizerische Zeitschrift für Altersfürsorge, Alterspflege und Altersversicherung

Herausgeber: Schweizerische Stiftung Für das Alter

Band: 50 (1972)

Heft: 4

Rubrik: AHV- und Ergänzungsleistungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

AHV und Ergänzungsleistungen

Anlässlich der diesjährigen Abgeordnetenversammlung der Stiftung vom 30. Oktober 1972 in Neuenburg wurden im Rahmen der Arbeitssitzung am Vormittag zwei ausgezeichnete Referate gehalten.

Dr. A. Granacher, Vizedirektor des Bundesamtes für Sozialversicherung und Chef des Dienstzweiges Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge, sprach zum Thema: «Betrachtungen zur 8. AHV-Revision», in welchem er sich auch über Durchführungsfragen äusserte.

Dr. A. Bise, stellvertretender Chef der Sektion Ergänzungsleistungen und Altershilfe des Bundesamtes für Sozialversicherung, behandelte die Ergänzungsleistungen im Rahmen der 8. AHV-Revision.

Beide Referate lassen wir erscheinen, in der Meinung, damit einen Beitrag zum Studium der Altersversicherung zu geben.

Die Redaktion

Betrachtungen zur 8. AHV-Revision

Ich danke für die freundliche Einladung und weiss Ihr Interesse an einer Orientierung über die jüngsten Entwicklungen in der Sozialversicherung zu schätzen. Ich hoffe, dass es mir gelingen wird, Sie in etwa 20 Minuten mit den wesentlichen Zügen der 8. AHV-Revision vertraut zu machen.

Ueber die *AHV im allgemeinen* brauche ich nicht lange zu sprechen. Sie wissen, dass dieses Sozialwerk vor bald 25 Jahren, nämlich am 1. Januar 1948, in Kraft getreten ist, nachdem es zuvor in der denkwürdigen Volksabstimmung vom 6. Juli 1947 mit überwältigendem Mehr gutgeheissen worden war. Es ist Ihnen sicher auch bekannt, dass die AHV die grösste, umfassendste und wirksamste Einrichtung auf dem sozialen Gebiet unseres Landes darstellt und zudem weiteren bedeutenden Sozialversicherungszweigen, so der Invalidenversicherung und den Ergänzungsleistungen, Pate gestanden ist.

Die Bedeutung der AHV tritt noch stärker hervor, wenn man sie unter dem *finanziellen Gesichtspunkt* betrachtet. Die AHV hat 1971 an 1 Million Rentner nahezu $3\frac{1}{2}$ Milliarden Franken Renten ausgerichtet und gleichzeitig Beiträge von fast 3 Milliarden Franken eingenommen. Diese Summen werden in den nächsten Jahren beträchtlich zunehmen: 1973 wird die AHV ca. $5\frac{1}{2}$ Milliarden Franken Beiträge einnehmen und etwa $6\frac{1}{2}$ Milliarden Franken Renten ausrichten. 1975 steigen die Rentenzahlungen auf $8\frac{1}{2}$ Milliarden Franken an. Die AHV ist also ein ganz gewaltiger Dienstleistungsbetrieb, dessen Jahresausgaben, wenn man

nun noch die Leistungen der Invalidenversicherung hinzurechnet, bald die 10-Milliarden-Grenze erreichen und überschreiten werden, was mehr darstellt als die gegenwärtigen gesamten Ausgaben der Eidgenossenschaft, Militär und Strassenbau inbegriffen!

Doch nun zum eigentlichen Thema. Die Bezeichnung «8. AHV-Revision» darf nicht zur Annahme verleiten, es werde nur gerade das Bundesgesetz über die AHV geändert. *In die Revision einbezogen sind u. a. auch die Bundesgesetze über die Invalidenversicherung und die Ergänzungsleistungen.*

19 Artikel des *Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung* werden von der Revision betroffen. Dabei geht es einerseits um die Erhöhung der Renten und Hilflosenentschädigungen, anderseits aber auch um Verbesserungen bei den IV-Taggeldern und beim Anspruch auf Eingliederungsmassnahmen.

Was die *Ergänzungsleistungen* betrifft, die Sie besonders interessieren dürften, so sind vor allem folgende Neuerungen zu vermerken:

- Einmal werden die zum Bezug von Ergänzungsleistungen berechtigenden *Einkommensgrenzen* auf den 1. Januar 1973 erhöht, und zwar in einem Masse, dass damit nicht nur ein Teuerungsausgleich, sondern auch eine *Realverbesserung* erzielt wird.
- Sodann können *Kantone*, welche *Mietzinsabzüge* vom Einkommen gewähren, diese Abzüge ab 1. Januar 1973 erhöhen.
- Schliesslich werden *Pro Senectute*, *Pro Infirmis* und *Pro Juventute* höhere Subventionen gewährt. Die Schweizerische Stiftung für das Alter wird inskünftig jährlich maximal 10 Millionen Franken erhalten, gegenüber bisher 6 Millionen Franken. Damit hat der Bund dieser Stiftung einerseits seine Anerkennung ausgesprochen, sie aber auch in die Lage gesetzt und ermuntert, ihre segensreiche Tätigkeit fortzusetzen.

Die Revision des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zieht grosse *administrative Arbeit* nach sich. Alle Ergänzungsleistungen müssen neu berechnet werden. Trotzdem ist zu erwarten, dass nicht nur die erhöhten AHV-Renten, sondern auch die dazugehörenden Ergänzungsleistungen in allen Kantonen bereits ab Januar 1973 ausbezahlt werden können.

Kommen wir nun zum *Kernstück der Revision, zu den Aenderungen des Bundesgesetzes über die AHV*. 52 Bestimmungen werden hier betroffen, wobei folgende Schwerpunkte festzustellen sind:

- 1. Die Erhöhung der Renten
- 2. Die Besserstellung der Frauen und der Mutterwaisen
- 3. Die Erhöhung der Beiträge

Das *neue Rentensystem* soll uns hier in erster Linie beschäftigen. Fundamental und charakteristisch für die 8. AHV-Revision ist der *Schritt von der Basisrente zur existenzsichernden Rente*, wobei dieser Schritt in zwei Phasen erfolgt:

Nämlich durch eine erste massive Rentenerhöhung auf den 1. Januar 1973 und sodann durch eine weitere Erhöhung auf den 1. Januar 1975.

In absoluten Beträgen heisst das: Die einfache AHV-Minimalrente, d. h. die Rente, die an Alleinstehende bis zu einem Jahreseinkommen von 4 800 Franken ausbezahlt wird, beträgt ab 1. Januar 1973 400 Franken im Monat oder 4 800 Franken im Jahr; die Maximalrente (bei einem Einkommen von 28 800 Franken an) 800 Franken im Monat oder 9 600 Franken im Jahr. Ab 1. Januar 1975 werden diese Beträge für neu entstehende Renten nochmals um 25 % erhöht, für bereits laufende Renten beträgt die Erhöhung 20 %. Jedenfalls erfolgt sie aber auf die jeweiligen neuen Mindestbeträge. Es muss hier betont werden, dass es sich bei den genannten Einkommen um *durchschnittliche Jahreseinkommen* handelt, die bis auf das Jahr 1948 zurückgehen können; wegen der seit damals einsetzenden Teuerung und Lohnbewegung werden diese Einkommen für die Rentenberechnung ab 1973 um 110 % und ab 1975 um 140 % aufgewertet. Ein effektives durchschnittliches Jahreseinkommen von 13 700 Franken führt 1973 bereits zur Maximalrente.

In diesem Zusammenhang sind *Änderungen in den Relationen der verschiedenen Rentenarten zur einfachen Altersrente* zu erwähnen. Der Grund dazu liegt in der Gefahr von Ueberversicherungen, die bei den neuen erhöhten Rentenbeträgen eintreten könnten. So wird die Ehepaar-Altersrente von 160 % auf 150 % und die Zusatzrente für die noch nicht 60jährige Ehefrau von 40 % auf 35 % herabgesetzt. Diese prozentuale Herabsetzung hindert aber nicht daran, dass die Betroffenen trotzdem beträchtlich erhöhte Renten bekommen.

Erwähnenswert sodann ist die Besserstellung der *Frauen*: So werden bei den *Hilflosenentschädigungen* die *Ehefrauen* begünstigt: Sie können die Hilflosenentschädigung der Invalidenversicherung auf jeden Fall bis zu ihrem 62. statt bis zum 60. Altersjahr erwerben. Zudem wird die Hilflosenentschädigung inskünftig in

Prozenten des Mindestbetrages der einfachen Altersrente festgesetzt, was zu folgender Abstufung führt: 80 Fr. bei leichter, 200 Fr. bei mittlerer und 320 Fr. bei schwerer Hilflosigkeit.

Vor allem aber wurde die *Stellung der Ehefrau* dadurch verbessert, dass sie inskünftig befugt ist, ohne Begründung die halbe Ehepaarrente für sich zu beanspruchen. Es ist schwierig, die praktischen Auswirkungen dieser Neuerung zu beurteilen. Jedenfalls wird sie zusätzliche Umtriebe, insbesondere für die Post bringen. Auch die *Stellung der geschiedenen Frau* wird verbessert, indem ihre einfache Altersrente nach dem Tod des geschiedenen Mannes unter bestimmten Voraussetzungen nach *dessen* Beitragsdauer und Erwerbseinkommen festgesetzt wird, falls dies die Ausrichtung einer höheren Rente bewirkt.

Der Anspruch auf eine *Witwenrente der geschiedenen Frau* kann künftig wieder aufleben, wenn die neue Ehe der Witwe geschieden wird.

Endlich wird auch der *Anspruch auf Mutterwaisenrenten* verbessert; die einschränkenden Bestimmungen bezüglich der Wiederverheiratung des Vaters fallen weg.

*

Ich verzichte hier darauf, ausführlich über die Neuerungen auf dem Gebiet der *Beiträge* zu sprechen. Halten wir einfach fest, dass diese ebenfalls fühlbar erhöht worden sind. Wenn im Jahr 1948 die AHV noch mit 4 % auskam, so sieht das heute doch etwas anders aus: Ab 1973 haben die Unselbständigerwerbenden 9 Lohnprozente Beiträge zu entrichten, wovon der Arbeitgeber die Hälfte zahlt. Darin sind allerdings die Beiträge für Invalidenversicherung und Erwerbsersatzordnung für Wehr- und Zivilschutzpflichtige inbegriffen. Selbständigerwerbende zahlen 8 % des Erwerbseinkommens.

*

Ein Revisionspunkt, der erst nachträglich in die Gesetzesvorlage eingebaut und mittlerweile bereits verwirklicht wurde, betrifft die *Auszahlung einer einmaligen Zulage im September 1972*, in Presse und Oeffentlichkeit oft «*Die 13. Monatsrente*» genannt. Genau betrachtet handelt es sich um eine einmalige Verdopplung aller Renten und Hilflosenentschädigungen der AHV und der IV, auf die im vergangenen September ein Anspruch bestand, also auch erst nachträglich und rückwirkend verfügbarer Leistungen. Die ganze Aktion hat sich reibungslos abgewickelt. Die

und es ist sicher nicht fehl am Platz, ihnen dafür Anerkennung zu zollen. Wie Sie wohl aus der Presse erfahren haben, stiess die «13. Rente» allenthalben auf ein gutes Echo, was in zahlreichen Dankesschreiben und Leserbriefen von Rentnern zum Ausdruck kam.

Der gleiche Abschnitt des Revisionsgesetzes, welcher diese doppelte Auszahlung einer Monatsrente vorsieht, bestimmt zudem, dass Kantone, welche ihre *Ergänzungsleistungen zu verdoppeln* gedenken, die hiefür vorgesehenen Bundesbeiträge beanspruchen können. Sämtliche Kantone haben, wenn auch z. T. mit einigen Einschränkungen, eine derartige Erhöhungsaktion durchgeführt.

*

Es sei hier nur am Rande erwähnt, dass die 8. AHV-Revision nicht nur Gesetzestext und Buchstabe ist, sondern letztlich praktisch *durchgeführt* werden muss. Für die Verwaltung und die Durchführungsstellen bedeutet dies ein gerüttelt Mass an Arbeit. Die Revision macht beispielsweise die Umrechnung einer Million laufender Renten und Hilflosenentschädigungen erforderlich. Dass eine derartige Umrechnungsaktion umfangreiche vorgängige Rechnungstests nötig macht, ist nicht verwunderlich. Es ist klar, dass in erster Linie die Zentrale Ausgleichsstelle in Genf und die AHV-Ausgleichskassen hier in ganz kurzer Zeit ein gewaltiges Arbeitspensum zu erledigen haben.

Die Postbetriebe und namentlich deren Zustelldienst sind bereits heute durch die in den letzten Jahren stets zunehmende Zahl von Renten stark belastet. Wir werden uns wohl an den Gedanken gewöhnen müssen, dass dereinst ein Prunkstück der schweizerischen AHV, die Hauszustellung der Renten, nicht für ewige Zeiten haltbar sein wird. Jedenfalls werden in nächster Zeit neue Lösungen zu suchen sein. Beispielsweise wird die Förderung des Gebrauchs von Postcheck- und Bankkonti durch Rentner angeregt werden müssen.

*

Zur gleichen Zeit, da die 8. AHV-Revision unter Dach gebracht worden ist, wird auch über die *verfassungsmässige Seite* der Alters-, Hinterlassenen- und Invaliden-Vorsorge ein grundsätzlicher Entscheid gefällt, und zwar in der Volksabstimmung vom kommenden 3. Dezember. Mancherorts herrscht die Meinung, es werde an diesem Datum über die 8. AHV-Revision abgestimmt. Diese Auffassung ist nicht ganz richtig. Die 8. AHV-Revision bringt Änderungen auf *Gesetzesebene* und ist — da das Refe-

rendum dagegen nicht ergriffen wurde — nach dem Parlamentsentscheid vom vergangenen 30. Juni *beschlossene Sache*. Sie wird von der Volksabstimmung vom 3. Dezember nicht berührt. Sie ist jedoch Ausdruck des einen im Gegenvorschlag des Bundesrates enthaltenen Grundsatzes: dass nämlich die AHV- und die Invalidenversicherungsrenten inskünftig den Existenzbedarf angemessen decken sollen.

Was bezweckt nun aber diese Abstimmung vom 3. Dezember? Es geht um eine *Neufassung von Artikel 34quater der Bundesverfassung*. Dieser Artikel beinhaltet heute die AHV, die IV und die Ergänzungsleistungen. Da nun aber, wie wir gleich sehen werden, der Einbezug der *beruflichen Vorsorge*, der sog. 2. Säule, in das schweizerische Sozialversicherungssystem angestrebt wird, muss diese verfassungsrechtliche Basis erweitert werden. Zwei Vorschläge stehen sich am 3. Dezember gegenüber: Auf der einen Seite die *Initiative der Partei der Arbeit und ein Gegenvorschlag des Bundesrates resp. des Parlamentes*, der sich seinerseits weitgehend auf das Gedankengut zweier weiterer, später eingereichter Volksbegehren der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und eines überparteilichen Komitees stützt. In der Abstimmung wird ein höchst bedeutsamer gesellschaftspolitischer Entscheid gefällt, stehen sich doch zwei prinzipiell verschiedene sozialpolitische Konzeptionen gegenüber:

- Einerseits die Konzeption der PDA-Initiative, wonach die gesamte Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge auf staatlicher Grundlage stehen soll, d. h. die sog. *Volkspension*;
- anderseits die sog. «*Drei-Säulen-Konzeption*» des Bundesrates und des Parlaments, welche diese Vorsorge gleichzeitig auf die staatliche Versicherung, d. h. auf AHV und Invalidenversicherung (1. Säule), auf die berufliche Vorsorge, d. h. Pensionskassen, Gruppenversicherungen und Verbands-Versicherungen (d. h. die 2. Säule) und auf die persönliche Vorsorge, z. B. Sparbüchlein, Lebensversicherungspolicen, oder das Eigenheim (die 3. Säule) gründen will. Die staatliche Versicherung — und dieses Ziel wird durch die 8. AHV-Revision erreicht — soll dabei den Existenzbedarf angemessen decken, während die berufliche Vorsorge zur Fortführung des gewohnten Lebensstandards verhelfen soll.

Der Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament wird demnach die Drei-Säulen-Konzeption in der Verfassung verankern. Insbesondere enthält er Bestimmungen über die 2. Säule, also die

berufliche Vorsorge. Diese besteht heute schon für viele Arbeitnehmer. Sie muss aber noch verstärkt und erweitert werden; deshalb ist ein Obligatorium der 2. Säule für alle Arbeitnehmer vorgesehen. Die darauf aufbauende Gesetzgebung soll danach — die Zustimmung des Souveräns am 3. Dezember vorausgesetzt — dem Arbeitnehmer bzw. seiner Familie einen garantierten Mindestschutz im Alter, im Todesfall und bei Invalidität bieten. Dazu ist nach allgemeiner Ansicht eine Vorsorge nötig, die dem Alleinstehenden *wenigstens 60 %* seines zuletzt erzielten *Bruttoeinkommens* gewährleistet; bezogen auf das Netto-Einkommen oder bei Berücksichtigung des Ehepaarzuschlags kann dieser Prozentsatz bis auf 75 oder mehr gehen.

*

Uebrigens hat der Bundesrat bei der Ausarbeitung des Gegenvorschlags zum PdA-Volksbegehren die Gelegenheit benutzt, in den Artikel 34quater eine *verfassungsmässige Grundlage für Massnahmen aller Art zugunsten der Betagten einzubauen*. Der Bund war sich seit jeher bewusst, dass die Verbesserung der Existenzgrundlage allein nicht genügt, das Altersproblem zu lösen. Darum gewährte er beispielsweise schon vor Einführung der AHV der Stiftung Pro Senectute Subventionen. Seit der Einführung der Altersversicherung verlagerte sich der Schwerpunkt der Altershilfe auf den Ausbau der Dienste zugunsten der Betagten. Die Förderung derartiger Bestrebungen soll nun in der Verfassung verankert werden, und zwar im Hinblick auf zwei Arten von Massnahmen: — *Die Bereitstellung von Unterkünften* (wobei hier der revisierte Artikel 34quater komplementär neben dem Wohnbauförderungsartikel steht); und — *die eigentliche Hilfe und Betreuung der Betagten* (Mahlzeitendienst, Abgabe von Hilfsmitteln, therapeutische Massnahmen, Ausbau der Beratungsdienste); man könnte sagen: all das, was die gesellschaftliche Eingliederung und die Förderung der Selbsthilfe betrifft.

Nach diesem kurzen Exkurs können wir nunmehr zu einer abschliessenden Würdigung der 8. *AHV-Revision* gelangen. Ich möchte dabei zwei Punkte festhalten:

1. Für sich allein betrachtet stellt die Revision eine *starke Verbesserung des Lebensstandards der Rentner bis auf das Niveau der allgemeinen Existenzsicherung* dar. Keine frühere AHV-Revision hat aufs Mal einen so grossen Schritt vollzogen.
2. Im grösseren Zusammenhang gesehen bildet die 8. AHV-Revi-

sion einen wichtigen Schritt zur geplanten Realisierung der Drei-Säulen-Konzeption, indem sie die Aufgabe erfüllt, welche nach dieser Auffassung der 1. Säule zukommt: eben die Existenzsicherung. Der Weg ist nun frei — Annahme des Gegenvorschlages am 3. Dezember stets vorausgesetzt —, an die Verwirklichung einer tragfähigen 2. Säule heranzutreten.

Damit, sehr geehrte Damen und Herren, bin ich am Schluss meiner Ausführungen angelangt. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Prestations complémentaires dans le cadre de la 8e révision de l'AVS

C'est bien volontiers que je m'acquitte de la tâche qui m'a été confiée de vous parler du régime des prestations complémentaires cantonales dans le cadre de la 8e révision de l'AVS. Ce régime, le dernier né des assurances sociales suisses, qui n'en est qu'à sa 7e année de vie, méconnu par certains et de ce fait critiqué, poursuit vaillamment son chemin, distribuant ses bienfaits parcellaireusement, certes, mais avec sagesse à ceux des rentiers qui en ont vraiment besoin. Le chemin parcouru par ce régime dès ses origines jusqu'à l'augmentation des rentes intervenue le 1er janvier 1971, vous a été narré par M. Güpfer lors de l'assemblée des délégués du 19 octobre 1970 à Fribourg. Depuis lors deux années se sont écoulées, et une nouvelle révision légale, la 8e révision de l'AVS, est à la veille de son entrée en vigueur. Apporte-t-elle de profondes modifications pour le régime des prestations complémentaires cantonales? A première vue, non! Mais les apparences trompent, nous allons le voir.

Mais parlons tout d'abord d'une mesure décidée dans le cadre de la 8e révision de l'AVS et qui a été une sorte de prélude au concert des bienfaits qui seront accordés à partir du 1er janvier 1973. Il s'agit du supplément à la prestation complémentaire qui a été servi pour le mois de septembre 1972 à titre de compensation du renchérissement du coût de la vie.

La commission du Conseil national chargée d'examiner le projet de loi sur la 8e révision de l'AVS, qui décida tout d'abord le

versement d'un supplément de rente en 1972, a expressément prévu que ce supplément ne serait pas pris en compte pour le calcul des prestations complémentaires. Cette même commission compléta cette mesure en prévoyant pour les cantons la possibilité de verser un supplément de prestation complémentaire donnant droit à la subvention fédérale. Le tout fut voté par les Chambres fédérales. Les cantons n'étaient toutefois nullement obligés de verser un supplément de prestations complémentaires. Mais — de bon cœur — tous le firent, en général sous forme d'un supplément égal au montant mensuel de la prestation complémentaire, supplément qui fut versé le mois dernier avec la rente doublée. Est-il besoin de relever que le versement, à titre unique, d'un supplément de prestation complémentaire, comme d'ailleurs aussi le fait de doubler la rente AVS ou AI — a trouvé un accueil extrêmement favorable chez les bénéficiaires qui, en grand nombre, ont adressé des lettres de remerciements aux autorités fédérales et cantonales.

L'essentiel de la 8e révision de l'AVS, qui entrera en vigueur le 1er janvier 1973, a donc été précédé d'un échantillon bien prometteur pour les assurés. Les bénéficiaires de prestations complémentaires seront-ils déçus par la suite? A première vue on est tenté de répondre, sans hésitation, par la négative. En effet, les limites de revenu maximums passent de 4800 francs à 6600 francs pour les personnes seules, de 7680 à 9900 francs pour les couples et de 2400 francs à 3300 pour les orphelins. Cette augmentation dépasse sensiblement le renchérissement du coût de la vie intervenu depuis le 1er janvier 1971, de sorte que les bénéficiaires de prestations complémentaires se voient ainsi assurés un standard de vie plus élevé. Notons qu'il est peu probable, d'après les expériences faites jusqu'ici, qu'un canton n'introduise pas les limites de revenu supérieures et fasse usage de la possibilité que lui accorde la loi fédérale de fixer les limites à un montant plus faible qui ne saurait toutefois être inférieur à 5400 francs pour les personnes seules, à 8100 francs pour les couples et à 2700 francs pour les orphelins.

Une autre hausse sera certainement aussi bien accueillie par les intéressés; celle de la déduction pour loyer. Comme vous le savez certainement, les cantons ont la possibilité de prévoir une déduction pour loyer jusqu'à concurrence d'un montant annuel de 1200 francs pour les personnes seules et de 1800 francs pour les couples et les personnes qui ont des enfants, pour la part

du loyer annuel qui dépasse 780 francs dans le premier cas et 1200 francs dans le second. Ces montants maximums déductibles seront majorés de 300 francs et passeront donc à 1500 francs pour les personnes seules et à 2100 francs pour les couples et les personnes seules avec enfants. Cette augmentation est certainement aussi pleinement justifiée si l'on songe à l'évolution dans le domaine des loyers. Actuellement tous les cantons, sauf Schwyz, Nidwald, Fribourg et le Valais appliquent la déduction pour loyer, deux toutefois sans aller jusqu'au maximum autorisé. Dans le Valais, les communes de Martigny, Saxon et Vouvry ont introduit la déduction pour loyer. Quant au canton de Schwyz, il en fera de même à partir du 1er janvier 1973. Bon nombre de bénéficiaires de prestations complémentaires pourront donc vraisemblablement jouir de l'augmentation de la déduction pour loyer.

La 8e révision de l'AVS a aussi donné l'occasion d'adapter — comme d'ailleurs aussi en matière d'AVS — la disposition concernant le contentieux à la loi fédérale d'organisation judiciaire revisée.

De plus, comme selon la convention internationale sur le statut des apatrides, ceux-ci seront assimilés dans l'AVS et l'Assurance-invalidité à des réfugiés, il s'imposait d'en faire de même pour les prestations complémentaires. L'adaptation nécessaire a été faite à l'article 2, 2e alinéa de la loi fédérale, de sorte qu'à partir du 1er janvier 1973, les apatrides pourront bénéficier des prestations complémentaires cantonales après cinq ans seulement de domicile dans notre pays.

Par la même occasion, une petite modification a été apportée à l'article 25 de l'Ordonnance fédérale sur les prestations complémentaires du 15e janvier 1971. Il y est en effet stipulé que des diminutions du revenu déterminant intervenant en cours d'année qui n'entraînent pas une augmentation de la prestation complémentaire correspondant à 10 pour-cent au moins de la limite de revenu applicable ne peuvent pas être prises en compte immédiatement, mais seulement à partir du 1er janvier de l'année suivante. Cette réglementation n'a pas donné entière satisfaction.

Si par exemple un assuré marié venait annoncer une hausse du loyer de 60 francs par mois à partir du 1er avril, la prestation complémentaire ne pouvait pas être augmentée en conséquence avec effet immédiat, puisque la hausse de 720 francs par an était inférieure au 10 pour-cent de la limite de revenu de 7680

francs. L'adaptation ne pouvait intervenir que depuis le 1er janvier suivant. D'après la nouvelle réglementation prévue, le montant limite permettant une adaptation immédiate a été fixée uniformément à 120 francs seulement par an, de sorte que des cas comme celui que je viens de citer ne pourront plus se produire.

Somme toute, nous voyons que la 8e révision de l'AVS ne paraît donc pas revêtir une importance capitale pour le régime des prestations complémentaires cantonales. Et pourtant ces apparences sont trompeuses. Jusqu'ici, et dans son ensemble, le régime des prestations complémentaires cantonales était en plein développement. Ainsi, grâce à la révision intervenue le 1er janvier 1971, le montant des prestations versées a passé de 187 millions de francs en 1970 à 319 millions de francs en 1971 pour les bénéficiaires de rentes AVS, et de 48 millions à 70 millions de francs pour les bénéficiaires de rentes d'invalidité. Le montant total de prestations versées en 1971, qui était de 389 millions de francs, atteindra vraisemblablement les 440 millions de francs en 1972, dont la moitié à peu près sont à la charge de la Confédération. Si l'on considère que les dépenses totales de ce même régime étaient de 152 millions de francs en 1966, la première année de son existence, on se rend compte du développement intervenu. Toutefois les années de développement, elles sont au nombre de 7, vont bientôt prendre fin. Le message du Conseil fédéral du 11 octobre 1971 concernant la 8e révision de l'AVS ne laisse aucun doute à ce sujet. Le régime des prestations complémentaires cantonales va disparaître petit à petit et être remplacé au fur et à mesure par les rentes AVS et de l'assurance-invalidité (le premier pilier) et ensuite et définitivement, lorsque les prestations du deuxième pilier, soit de la prévoyance professionnelle, auront atteint leur plein développement. Ce rôle de régime transitoire était d'ailleurs prévu dès le début pour les prestations complémentaires cantonales.

La disparition du régime n'est toutefois pas pour demain, mais la 8e révision constitue un premier pas décisif dans cette direction. Nous avons vu que les limites de revenu pour les prestations complémentaires vont certes jouer, dès le 1er janvier 1973, d'une hausse sensible, dépassant le renchérissement du coût de la vie intervenu et qui garantit ainsi aux bénéficiaires un standard de vie plus élevé que jusqu'ici. Mais les rentes de l'AVS et de l'assurance-invalidité vont être, à la même date, majorées si forte-

ment que leur augmentation, à quelques rares exceptions près — il s'agit là uniquement de certaines rentes minimales de veuves et d'orphelins — dépassera la hausse des limites de revenu pour les prestations complémentaires cantonales. Celles-ci veulent garantir un certain minimum d'existence. Plus ce rôle est assumé par les rentes AVS ou de l'assurance-invalidité qui augmentent, plus les prestations complémentaires deviennent superflues. Comme les rentes de l'AVS et de l'assurance-invalidité sont entièrement prises en compte pour calculer la prestation complémentaire, celle-ci en subira inévitablement le contre-coup. Certes, selon le message du Conseil fédéral, ce recul du régime des prestations complémentaires aurait été plus prononcé encore, puisque les limites de revenu maximales qui y étaient prévues s'élevaient à 6000 francs pour les personnes seules, à 9000 pour les couples et à 3000 pour les orphelins, et qu'elles ont été augmentées de 10 pour-cent par les Chambres fédérales. Celles-ci ont de plus majoré le montant maximum de la déduction pour loyer, ce qui ne manquera pas d'atténuer, dans nombre de cas, les effets de la hausse des rentes sur le montant de la prestation complémentaire. Il n'en reste pas moins que dans presque tous les cas les actuels bénéficiaires verront leurs prestations complémentaires réduites, ou même supprimées: En effet, le 20 pour-cent à peu près des prestations complémentaires actuellement versées vont être supprimées et le 79 pour-cent environ diminuées à partir du 1er janvier 1973. Du point de vue financier, les dépenses diminueront d'à peu près 25 pour-cent. Toutefois, fait important, la nouvelle prestation globale (rente plus éventuelle prestation complémentaire) sera toujours supérieure à l'ancienne. Est-ce que ce fait consolera les actuels bénéficiaires de prestations complémentaires? Il faut l'espérer sans toutefois négliger de prendre les mesures appropriées pour renseigner à temps et complètement les assurés sur l'évolution qui s'engage. La tâche de l'information aussi nécessaire que délicate, sera assumée, pour les moyens d'information collective (presse, radio et télévision) en premier lieu par le Département fédéral de l'intérieur avec le concours des cantons. Il appartiendra toutefois aux organes cantonaux d'exécution des prestations complémentaires d'appliquer la mesure la plus efficace. Celle-ci consistera à adresser une lettre personnelle à chaque bénéficiaire dans laquelle celui-ci sera, peu avant le premier service de la prestation complémentaire en janvier 1973 ou simultanément

avec ce versement, renseigné sur la nouvelle évolution, tout en étant rendu attentif au fait — avec si possible un décompte détaillé à l'appui — qu'en définitive la prestation globale (rente plus prestation complémentaire) est supérieure à celle touchée en 1972. Tout sera entrepris pour éviter — tant que faire se peut — un choc chez les bénéficiaires de prestations complémentaires et il nous reste qu'à souhaiter que tous ces efforts seront couronnés de succès. Cette campagne d'information s'impose d'ailleurs d'autant plus que, selon la loi fédérale sur la 8e revision, les rentes de l'AVS et de l'assurance-invalidité vont à nouveau être majorées, le 1er janvier 1975, de façon sensiblement plus forte que les limites de revenu pour les prestations complémentaires, de sorte qu'il en résultera, à nouveau et de façon générale, une diminution ou même suppression des prestations complémentaires en cours. Tout le travail d'information qui sera fourni pour le 1er janvier 1973 sera donc profitable pour l'avenir aussi.

Pour apprécier à leur juste importance les diminutions ou suppressions des prestations complémentaires qui interviendront les 1er janvier 1973 et 1975, une précision s'impose. Comme vous le savez, les frais de maladie, de dentiste et pour certains moyens auxiliaires survenus durant l'année pour laquelle la prestation complémentaire est versée peuvent être remboursés séparément dans certains limites. Nombre de bénéficiaires qui verront leur prestation complémentaire supprimée ou réduite, à partir du 1er janvier 1973 pourront, le cas échéant, recevoir, dans le cours de cette même année ou à la fin de celle-ci des remboursements de frais de maladie, de dentiste ou de moyens auxiliaires équivalents ou même supérieurs aux montants de la réduction ou de la suppression intervenue au début de l'année. Il est certain d'ailleurs que par le jeu des diminutions autorisées dans le cadre du régime des prestations complémentaires, soit la déduction intégrale des cotisations des caisses-maladie, la déduction pour loyer et la déduction des frais de maladie, de dentiste et de moyens auxiliaires, donc toutes des déductions en des domaines où des hausses rapides se manifestent, ce régime ne déprira pas aussi rapidement que l'on pourrait le penser, de sorte qu'il pourra, bien des années encore, dispenser ses bienfaits à un nombre élevé de bénéficiaires!

Certes, mon exposé est intitulé «Prestations complémentaires versées par les cantons et 8e revision de l'AVS». Je ne voudrais

toutefois pas le terminer sans mentionner aussi la sensible augmentation dont bénéficieront les montants maximums de subventions fédérales destinées aux institutions d'utilité publique, notamment à votre fondation. Cette hausse vous permettra de développer vos services d'aide et de conseils et d'accorder, d'une façon accrue, des prestations en nature, sous forme de moyens auxiliaires notamment. En effet, sur l'augmentation de 4 millions de francs au plus de la subvention fédérale destinée à votre fondation, 3 millions de francs au plus sont exclusivement réservés au financement de moyens auxiliaires. Il s'agit là de tous les appareils coûteux dont l'assuré, par suite de son invalidité, a besoin non seulement pour se déplacer, établir des contacts avec son entourage ou développer son autonomie personnelle, mais aussi de ceux qui lui permettent d'exercer une activité lucrative.

Au sujet de cette solution, proposée par la Commission fédérale de l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité et approuvée par les Chambres fédérales il y a un point extrêmement important à relever: A l'avenir, le financement de moyens auxiliaires coûteux ne sera plus limité aux personnes âgées nécessiteuses mais pourra être étendu aux cas où le prix du moyen auxiliaire, dans sa totalité ou en partie, constituerait une dépense sensible pour l'intéressé et où la prise en charge, totale ou partielle, par la fondation n'est pas choquante. La notion d'état de besoin pourra donc, pour les moyens auxiliaires, être interprétée de façon plus extensive qu'aujourd'hui, ce qui sera tout à fait compatible avec l'article 11, 1er alinéa, lettre c, de la loi fédérale.

Il s'agit là d'une évolution tout à fait heureuse. Vu la forte augmentation des rentes de l'AVS et de l'assurance-invalidité et la hausse des limites de revenu pour les prestations complémentaires cantonales, le versement de prestations en espèces deviendra de plus en plus secondaire pour les institutions d'utilité publique qui pourront ainsi toujours d'avantage se consacrer à l'octroi de prestations en services et en nature, tâche qui leur convient à merveille et pour l'accomplissement de laquelle elles sont beaucoup mieux outillées que quiconque.

Nous avons vu que la 8e révision de l'AVS constitue une première étape de la disparition du régime des prestations complémentaires cantonales. Pour les prestations à accorder par les institutions d'utilité publique cette même révision légale apporte par contre une sensible hausse. Cette évolution démontre que la tâche confiée aux institutions d'utilité publique ne partagera

pas le sort du régime des prestations cantonales et survivra à la disparition de celui-ci. Pourrait-il en être autrement pour une œuvre qui ne se fonde pas seulement sur des paragraphes et des chiffres mais qui est imprégnée de contacts personnels, de compassion et de charité?

Alterspflege

Die Schweizerische Gesellschaft für Gerontologie hielt am 14. Oktober 1972 in Luzern ihre sozialmedizinische Jahrestagung mit den Themen «Gesamtplanung für Altersfragen» sowie «Information und Dokumentation über Altersfragen» ab. Dabei wurden die folgenden abgedruckten Referate gehalten:

W. Lerch, Leiter der Abteilung für Altersplanung und Altersgestaltung des Kantonalkomitees Zürich der Stiftung Für das Alter, über: «Altersplanung im Kanton Zürich, Verwirklichungen und Projekte», Dr. M. Cevey, Kantonsarzt, Lausanne, über: «Politique du troisième âge», Frl. C. Balmelli, Leiterin des Ufficio d'Attività Sociali, Bellinzona, über: «Problèmes d'assistance aux personnes âgées au Tessin», Dr. H. G. Lüchinger, Präsident der Gruppe für Altersinformation, Zürich, über: «Für wöchentliche Altersprogramme am Schweizer Fernsehen», Dr. U. Braun, Zentralsekretär der Schweizerischen Stiftung Für das Alter, über: «Information und Dokumentation über Altersfragen im Rahmen der Stiftungstätigkeit» sowie Frau A. Scherler, Leiterin der Centrale d'information et de renseignements des problèmes de la vieillesse et des maladies chroniques de l'adulte, Kanton Waadt, Lausanne, über eine Umfrage betreffend: «L'écoute des émissions télévisées et radiodiffusées chez les personnes âgées de plus de 60 ans». Der Vortrag von Fürsprecher A. Kropfli, Direktionssekretär der Fürsorgedirektion der Stadt Bern, über «Einrichtungen für Betagte, Planung im Kanton und in der Stadt Bern», ist in seinen grundlegenden Zügen bereits in der Septembernummer von Pro Senectute erschienen.

In unserer Septembernummer 1972 haben wir einen Bericht über den 9. Internationalen Kongress für Gerontologie in Kiew veröffentlicht. Wie damals schon erwähnt, wurde derselbe von Frau A. Scherler verfasst, welche als Leiterin der Centrale d'information et de renseignements des problèmes de la vieillesse et des maladies chroniques de l'adulte, Kanton Waadt, in Lausanne tätig ist. Die Veröffentlichung wurde durch die freundliche Bewilligung der Fachzeitschrift «MEDICINE & HYGIENE» ermöglicht, die ihrerseits darüber ausführlich in der Novembernummer 1972 berichtet hat.

Die Redaktion

Altersplanung im Kanton Zürich Verwirklichungen und Projekte

1. Die Abteilung Altersplanung und Altersgestaltung

Das Zürcher Kantonalkomitee von PRO SENECTUTE hat am 1. April 1969 diese Stelle geschaffen. Die ursprüngliche Aufgabenstellung wurde mit dem Leitsatz der amerikanischen gerontologischen Gesellschaft umschrieben: Man soll dem Leben nicht nur Jahre anhängen, sondern die Jahre mit Leben erfüllen. Schwerpunkt war nicht Planung, sondern praktische Arbeit.